



Plenarprotokoll

5. Sitzung

Donnerstag, 26. Januar 2017

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	235	Regierender Bürgermeister Michael Müller	252
1 Aktuelle Stunde	235	Oliver Friederici (CDU)	252
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Regierender Bürgermeister Michael Müller	253
„Senat handelt bei der Flüchtlingsunterbringung“	235	Daniel Buchholz (SPD)	253
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)		Regierender Bürgermeister Michael Müller	253
Katina Schubert (LINKE)	235	Mieterhöhungen der städtischen Wohnungsgesellschaften in Schöneberg-Nord	253
Cornelia Seibeld (CDU)	237	Harald Gindra (LINKE)	253
Ulker Radziwill (SPD)	240	Senatorin Katrin Lompscher	254
Andreas Wild (AfD)	242	Katrin Schmidberger (GRÜNE)	254
Canan Bayram (GRÜNE)	244	Senatorin Katrin Lompscher	254
Paul Fresdorf (FDP)	245	Daniel Buchholz (SPD)	254
Senatorin Elke Breitenbach	247	Senatorin Katrin Lompscher	254
2 Fragestunde	250	Verkehrssicherheit von Schülerlotsen	254
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Harald Moritz (GRÜNE)	254
Beschäftigungsbedingungen für Berliner Erzieher und Erzieherinnen und Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen ..	251	Senatorin Regine Günther	254
Melanie Kühnemann (SPD)	251	Harald Moritz (GRÜNE)	255
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	251	Senatorin Regine Günther	255
Dr. Maja Lasić (SPD)	251	Regina Kittler (LINKE)	255
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	251	Senatorin Regine Günther	255
Regina Kittler (LINKE)	252	Eröffnungstermin BER	256
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	252	Frank-Christian Hansel (AfD)	256
Verschobene Eröffnung BER	252	Regierender Bürgermeister Michael Müller	256
Oliver Friederici (CDU)	252	Frank-Christian Hansel (AfD)	256
		Regierender Bürgermeister Michael Müller	256
		Heiko Melzer (CDU)	256
		Regierender Bürgermeister Michael Müller	256

Frist für Prüfverfahren für den Flughafen BER	257	3	Prioritäten	264
Marcel Luthe (FDP)	257		gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Regierender Bürgermeister				
Michael Müller	257	3.1	Priorität der Fraktion Die Linke	264
Marcel Luthe (FDP)	257			
Regierender Bürgermeister				
Michael Müller	257		Der Opfer des Nationalsozialismus gedenken. Erklärung des Abgeordnetenhauses von Berlin zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2017	264
Danny Freymark (CDU)	258		Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung Drucksache 18/0109	
Regierender Bürgermeister			Anne Helm (LINKE)	264
Michael Müller	258		Stefan Evers (CDU)	265
Rechte Anschlagsserie in Neukölln	258		Dr. Susanne Kitschun (SPD)	266
Anne Helm (LINKE)	258		Georg Pazderski (AfD)	266
Senator Andreas Geisel	259		Dr. Susanne Kitschun (SPD)	268
Anne Helm (LINKE)	259		Georg Pazderski (AfD)	268
Senator Andreas Geisel	259		Sabine Bangert (GRÜNE)	268
Tarifverhandlungen zu den Gehältern der Erzieherinnen und Erzieher	259		Marcel Luthe (FDP)	269
Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)	259		Steffen Zillich (LINKE)	271
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	260		Marcel Luthe (FDP)	271
Maßnahmen gegen Grippe	260		Ergebnis	271
Thomas Isenberg (SPD)	260		Beschlusstext	345
Senatorin Dilek Kolat	260	3.2	Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	271
Umgang mit Mieterinnen und Mietern am BER	260	24	Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates	271
Christian Gräff (CDU)	260		Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/0091 in Verbindung mit	
Regierender Bürgermeister				
Michael Müller	260	25	Überprüfung von Mitgliedern der Landesregierung und des Abgeordnetenhauses von Berlin auf eine Mitarbeit im ehemaligen Ministerium für Staatsicherheit der DDR (MfS)	272
Christian Gräff (CDU)	261		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/0098	
Regierender Bürgermeister			Andreas Otto (GRÜNE)	272
Michael Müller	261		Sven Rissmann (CDU)	273
Finanzierung des Sozialtickets	261		Torsten Schneider (SPD)	274
Bettina König (SPD)	261		Martin Trefzer (AfD)	274
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	261		Steffen Zillich (LINKE)	275
Urteil des Bundesgerichtshofs zu Berlin-Energie	261		Stefan Förster (FDP)	276
Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU)	261		Ergebnis	277
Bürgermeisterin Ramona Pop	261			
Jörn Jakob Schultze-Berndt (CDU)	262			
Bürgermeisterin Ramona Pop	262			
Baulicher Zustand der Polizeigebäude und Feuerwehrtwachen	262			
Burkard Dregger (CDU)	262			
Senator Andreas Geisel	262			
Burkard Dregger (CDU)	263			
Senator Andreas Geisel	263			
Andreas Wild (AfD)	263			
Senator Andreas Geisel	264			

(Vizepräsidentin Cornelia Seibeld)

lfd. Nr. 25:

Überprüfung von Mitgliedern der Landesregierung und des Abgeordnetenhauses von Berlin auf eine Mitarbeit im ehemaligen Ministerium für Staatsicherheit der DDR (MfS)

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/0098](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und hier der Kollege Otto. – Bitte schön!

Andreas Otto (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer die Zukunft will, muss sich seiner Vergangenheit stellen. Dieser Grundsatz gilt für jeden einzelnen von uns wie auch für die Gesellschaft insgesamt. Unsere Gesellschaft hat viele Vergangenheiten. Über eine davon – die schreckliche Nazi-Zeit und den Holocaust – haben wir gerade gesprochen, und das zu Recht und ganz aktuell.

Jetzt geht es um die Zeit der SED-Diktatur als Teil der deutschen und insbesondere der Berliner Geschichte. Wir als Koalition sind in den letzten Wochen sehr schmerzhaft darauf gestoßen worden, dass gerade diese Geschichte in unsere Gegenwart hineinreicht. Die Bestellung des Baustaatssekretärs Holm war nicht genug vorbereitet und geprüft worden. Er ist wegen seiner zweifellos vorhandenen Fachkenntnisse als Wohnungspolitiker berufen worden. Die geschichtliche Dimension der Personalie und den Umgang damit haben wir nicht genügend analysiert und waren als Koalition insofern unvorbereitet. Das Ende kennen Sie.

Diese Koalition stellt sich der Debatte um die Diktatur –

[Beifall von Anja Kofbinger (GRÜNE) und von Steffen Zillich (LINKE)]

es geht in Berlin auch gar nicht anders –, und das hat sie bereits im Koalitionsvertrag formuliert. Zitat:

Für eine neue Gedenkkultur suchen wir den Dialog mit Opfergruppen, stärken das Thema in der politischen Bildung und werden die Entwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zu einem Lernort für Demokratie unterstützen.

Das ist das Programm, und das werden wir tun.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Torsten Schneider (SPD) und
Dr. Clara West (SPD)]

Wer sind aber eigentlich diese Opfergruppen, um die es uns hier geht? – Das sind Menschen, die zum Beispiel aus politischen Gründen in Haft waren, die zum Teil bis heute traumatisiert sind, das sind Menschen, die aus politischen Gründen beruflich benachteiligt waren, und es

sind auch Menschen, die heute an ihrer Rente merken, dass sie damals keine Qualifikation erwerben konnten, und deshalb sehr wenig bekommen. Die Opferrente, die es gibt, ist ein kleiner und richtiger Trost, aber sie kann nicht den Schmerz von Leuten nehmen, die so etwas durchgemacht haben.

Weil wir das mit der Aufarbeitung ernst meinen, müssen wir auch auf uns selbst gucken. Zum ehrlichen Umgang gehört, dass man selbst klar ist. Wer mit seiner Vergangenheit Probleme hat, wird immer wieder darauf gestoßen werden. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, in geübter Praxis einen Ehrenrat einzurichten. Das haben wir in den letzten Legislaturperioden auch so gemacht. Die FDP hat einen ähnlichen Antrag eingereicht; sie hat die Regierung noch mit drin. Ich gehe davon aus, dass der Regierende Bürgermeister für die Regierungsmitglieder und die Staatssekretäre das schon angeschoben hat.

[Lachen von Sven Rissmann (CDU)]

Das kann man sicherlich noch mal erfragen, aber ich gehe davon aus, dass das läuft.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Zuruf von der FDP: Wo ist denn Herr Müller?]

Das von uns vorgeschlagene Verfahren ähnelt stark dem der letzten Legislaturperiode, Sie kennen das. Es ist konkretisiert bei der Frage der Altersgrenze. Es geht uns um all jene Abgeordneten, die am 3. Oktober 1990 volljährig waren. Das heißt aber nicht – und das sage ich gerade zu den Jüngeren –, dass Sie das nichts angeht, sondern gerade die Jüngeren sollen und können mit ihrer Neugier, ihrer Unbefangenheit, aber auch ihrem Verantwortungsgefühl lernen, was alles zur Berliner Geschichte gehört, welche Menschen es in dieser Stadt gibt und welche Schicksale sie beherbergt. Deshalb der Appell: Sehen Sie das nicht als eine Angelegenheit der Älteren, die schon viel erlebt haben, sondern, gerade die Jüngeren, nehmen Sie das als Ihr Thema an. Aufarbeitung geht alle an!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Im Jahr 2019 ist die friedliche Revolution 30 Jahre her. Dieses Datum werden wir zum Anlass nehmen, mit Veranstaltungen und Ausstellungen daran besonders zu erinnern, weil wir uns freuen, dass diese Stadt wiedervereinigt wird, dass die Mauer sie nicht mehr trennt und dass wir alle gemeinsam Teil dieser Republik und Teil Europas sind. Das ist, glaube ich, etwas, woran man gar nicht oft genug erinnern kann und worüber wir uns 2019 besonders freuen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

2019 hat aber noch eine andere Bedeutung, und das führt uns wieder zu dem Antrag zurück: 2019 ist eine Frist, die im Stasi-Unterlagen-Gesetz für die Verwendung von Unterlagen der Staatssicherheit zur Überprüfung von Regierungsmitgliedern, Abgeordneten, leitenden Mit-

(Andreas Otto)

arbeitern der Verwaltung gesetzt ist. Bis dahin müssen wir als Koalition, als Parlament gemeinsam mit der Stadtgesellschaft herausfinden: Wie weit sind wir eigentlich? Wie weit ist die Aufarbeitung, wie weit ist Aussöhnung gelungen? All das sind Fragen, die wir sehr aktiv und engagiert bis 2019 diskutieren müssen, um uns ein Urteil darüber zu bilden, ob wir schon so weit sind, auf solche Überprüfungen verzichten zu können, oder sie auch dann weiterhin brauchen.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Sie müssten jetzt zum Schluss kommen!

Andreas Otto (GRÜNE):

Wir als Bündnis 90/Die Grünen, als Koalition wollen das machen. Und für uns steht am Anfang eines solchen Dialogs das Gespräch mit den Opfern, und diesen Dialog wollen wir neu starten. So haben wir uns das vorgenommen. Darauf freue ich mich. Es ist eine große Aufgabe, aber wir packen das an. – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Rissmann das Wort.

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Koalition versucht hier offenbar einen Befreiungsschlag,

[Zuruf von der LINKEN: Was?]

nachdem die Causa dieses Herrn Holm, dem ehemaligen Staatssekretär, bis heute einen üblen Eindruck hinterlassen hat. Der von mir durchaus geschätzte Kollege Otto hat es letztlich auch damit begründet. Seine Rede begann mit dem Vorgang um Herrn Holm, und er sah darin dann auch die Begründung für diesen Antrag der Einsetzung des Ehrenrates.

Dieser üble Eindruck – da will ich heute mal nicht auf die Rolle des Regierenden Bürgermeisters eingehen; das würde auch wenig bringen, da er nicht anwesend ist, jedenfalls sitzt er nicht an seinem Platz. Es geht mir eher darum, dass dieser ekelhafte Versuch der Linken, mit Herrn Holm einen personifizierten Tabubruch betreiben zu wollen, jetzt in Vergessenheit gerückt werden soll. Nun will man das vergessen lassen, indem man sagt: Wir richten einen parlamentarischen Ehrenrat ein, weil wir doch einen gewissen demokratischen Konsens haben. – Na ja!

Dabei ist dann in Erinnerung zu rufen, dass es einen solchen parlamentarischen Ehrenrat nach meiner Erinnerung

seit der Wiedervereinigung stets gab, und zwar immer auf Antrag aller Fraktionen. Da ist eben schon der Unterschied: Auch hier verzichtet diese Koalition darauf, eine Gemeinsamkeit mit allen Fraktionen zu bilden, um dieses Thema mit der erforderlichen Einheit zu unterlegen. Das ist ein einmaliger Vorgang, ein unnötiger Vorgang, und er ist vollkommen unverständlich.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD und der FDP]

Es ist nur einfach, wenn Sie als Reaktion auf Ihr Fehlverhalten in der Sache Holm in diese Schubladen des Abgeordnetenhauses greifen und den nunmehr immer gleichen Antrag herausziehen, als ob nichts gewesen wäre. Wenn Ihnen tatsächlich ein gewisses Anliegen mit diesem Thema verbunden wäre, hätten Sie dieses Anliegen gleich zu Beginn der Wahlperiode gemeinsam mit allen Fraktionen formuliert.

Natürlich werden wir diesem Antrag zustimmen, so, wie wir ihm immer zugestimmt haben, wie wir ihn immer unterstützt haben. Wir hätten ihn auch gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen getragen. Das wollte aber die auf Spaltung unserer Stadt angelegte Koalition nicht.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall von Andreas Wild (AfD)
und Holger Krestel (FDP)]

Bei diesem Thema will ich anmerken, dass wir Christdemokraten, anders als Frau Schubert, nicht denken, dass jeder aus der ehemaligen DDR Dreck am Stecken hätte, so, wie sie es uns in ihrer sehr denkwürdigen Plenarrede vor zwei Wochen zu verstehen geben wollte. – Frau Schubert! Ich bin mir ganz sicher – und das gestehe ich Ihnen zu –, dass Sie mehr Erfahrungen im Umgang mit diktaturbelasteten Personen haben als ich.

Schließlich kann dieser Antrag keine ehrliche Lehre aus der Sache Holm sein, weil sich der Antrag nur darauf beschränkt, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu überprüfen. Darum ist das Anliegen der FDP-Fraktion vollkommen richtig, den Senat zu verpflichten, den Regierenden Bürgermeister zu verpflichten, dass auch Senatoren und Staatssekretäre zu überprüfen sind. Dieses Anliegen ist richtig. Wir werden es unterstützen. Es hat sich eben leider gezeigt, dass dieses Anliegen immer noch aktuell ist. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD und der FDP]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Schneider das Wort.

Torsten Schneider (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Rissmann hat gerade gesagt, dass dieser Antrag Usus ist, deshalb kann er auch nicht verwundern. Für uns hat sich überhaupt keine inhaltliche Frage gestellt. Ich bezeichne diesen Antrag und die Einrichtung des entsprechenden Gremiums als Selbstverständlichkeit.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN]

Wenn das aber so selbstverständlich ist und das Selbstverständnis dieses Hohen Hauses abbildet, dann ist umso unverständlicher, was Sie – und das trifft noch im größeren Maße auf die Debatte davor zu – hier an Einbringungsmechanismen und technischen Fragen überlagernd einwerfen. Das ist vor allem mit Blick auf die Würdigung der Opfer des Nationalsozialismus eher ein unwürdiger Vorgang gewesen!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den GRÜNEN]

Und weil ich nicht dazu neige, zu Selbstverständlichkeiten zu lange zu reden, möchte ich mit Blick auf den FDP-Antrag, der schon 2002 dieses Haus befasst hat, darauf verweisen, dass sicherlich der Kollege Zillich mit unserer Rückendeckung dort auch inhaltlich noch die entsprechende Beratungsbereitschaft zusichert. – Vielen Dank!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die AfD-Fraktion hat der Kollege Trefzer das Wort. – Bitte schön!

Martin Trefzer (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unsere heutige Aussprache schließt an die Debatte zum DDR-Unrecht vor 14 Tagen an. Jeder, der diese Debatte erlebt hat, hat gespürt, dass wir Zeuge eines außergewöhnlichen parlamentarischen Ereignisses geworden sind, in dessen Folge die Tage von Andrej Holm als Staatssekretär gezählt waren. Diese Debatte hat uns gezeigt, dass wir die Kraft haben können, etwas zu verändern und Gräben zu überwinden, wenn wir dies denn wollen. Das hat, so glaube ich, dem Parlamentarismus insgesamt gutgetan.

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Jetzt geht es darum, die Konsequenzen aus der Causa Holm zu ziehen und sozusagen das Momentum unserer Debatte zu nutzen.

Ein zentraler Aspekt ist der Umgang mit Stasi-belasteten Personen an der Spitze des Senats, aber auch unter uns

Abgeordneten. Durch die Verknüpfung des Koalitionsantrages zur Einsetzung des parlamentarischen Ehrenrates mit dem FDP-Antrag könnte fast der Eindruck entstehen, als ob der Ehrenrat die Antwort des Senats auf die Stasi-Krise sein soll. Das ist er aber in keiner Weise. Der Ehrenrat fällt nach der Auffassung meiner Fraktion weit hinter die vergleichbaren Regelungen zur Stasi-Überprüfung von Abgeordneten in anderen Bundesländern, beispielsweise in Sachsen oder in Thüringen, zurück. Das einzige Argument – das haben Sie auch angeführt, Herr Rissmann –, das für das sogenannte Berliner Modell spricht, ist, dass es bereits in den vergangenen Legislaturperioden praktiziert wurde.

Was aber aus unserer Sicht klar dagegen spricht, ist die Freiwilligkeit der Überprüfung, die Kompliziertheit des Verfahrens und die Unverbindlichkeit des Ergebnisses. Sollte es tatsächlich zu einem schwerwiegenden Hinweis auf Stasi-Tätigkeit kommen, wird nach dem Berliner Modell – ich zitiere –

dieses Ergebnis nebst einer Empfehlung dem Mitglied des Abgeordnetenhauses und seinem jeweiligen Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt.

– Von Konsequenzen ist nicht die Rede. Die höchst denkbare Strafe ist ein Fraktionsausschluss.

Im Thüringer Gesetz zur Überprüfung der Abgeordneten auf Stasi-Tätigkeit heißt es hingegen in § 8 klipp und klar:

Nach der Bekanntgabe der Feststellung nach § 7 Abs. 1 beschließt der Landtag, dass der Abgeordnete sein Mandat verliert, wenn aufgrund der Überprüfung zur gesicherten Überzeugung der Mitglieder des Landtags feststeht, dass der Abgeordnete wissentlich als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter mit dem MfS/AfNS zusammengearbeitet hat und deshalb unwürdig ist, dem Landtag anzugehören.

Da ist ausdrücklich von Parlamentsunwürdigkeit die Rede. Und der Thüringer Landtag hat vor genau einem Jahr genau diese Formulierung erneut bestätigt. Von einer solch klaren Regelung sind wir hier in Berlin weit entfernt. Meine Fraktion wird sich deshalb bei dem Antrag der Koalition zum Ehrenrat der Stimme enthalten; nicht etwa, weil wir gegen eine Stasi-Überprüfung von Abgeordneten wären, sondern weil uns die vorgeschlagene Regelung nicht weit genug geht.

Anders verhält es sich mit dem Antrag der FDP. Auch wenn er die Stasi-Überprüfung von Abgeordneten und Beamten miteinander vermengt, fordert er zu Recht die Stasi-Überprüfung der Staatssekretäre und Senatoren. Er bildet damit gewissermaßen die Grundlage des bei der letzten Sitzung in die Ausschüsse verwiesenen Antrags der CDU zum DDR-Unrecht. Die AfD-Fraktion schließt sich beiden Forderungen vom Grundsatz her ausdrücklich an, das heißt: Stasi-Überprüfung ja, und dann damit

(Martin Trefzer)

einhergehend eine verbindliche Regelung zur Unvereinbarkeit von früherer Stasi-Tätigkeit mit hohen Funktionen im Senat. Etwaige Vermutungen, ob das bereits vollzogen würde, reichen hier auf jeden Fall nicht aus.

Letztlich geht es dabei auch um ein Signal an die Opfer des DDR-Unrechts, von denen viele durch Verrat und Denunziation schwer geschädigt wurden. Unser Ziel muss es sein, der besonderen historischen Verantwortung Berlins gerecht zu werden. Denn einen Schlusstrich kann es auch hier nicht geben. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke hat der Kollege Zillich das Wort.

Steffen Zillich (LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir verhandeln zwei Anträge unter diesem Tagesordnungspunkt, und ich werde getrennt darauf eingehen. Zunächst zum Thema Einsetzung des Ehrenrats: Das ist alles Mögliche, aber sicherlich kein Befreiungsschlag, sondern das ist so etwas wie eine Selbstverständlichkeit. Deswegen muss man daran auch keine Pappkameraden aufhängen.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und den Grünen]

Wir sind der Auffassung, dass sich das Berliner Verfahren, das seit mindestens 2000 als gemeinsame Auffassung der damals im Haus vertretenen Fraktionen galt, bewährt hat. Ich erinnere kurz daran, dass die Tatsache, dass Mitglieder des Abgeordnetenhauses einer MfS-Überprüfung unterzogen werden sollten, auch in den Neunzigerjahren gemeinsame Auffassung war, dass es nur Unterschiede darin gab, mit welchem Gremium, mit welchen Institutionen überprüft werden sollte. Meine Fraktion hat damals dafür plädiert, das nicht in einem Ehrenrat, sondern in einem Untersuchungsausschuss zu machen. Egal – dieser Ehrenrat hat sich über viele Wahlperioden bewährt, und deswegen sollte er auch wieder eingesetzt werden.

Ich kann darauf verweisen, dass es das eingeübte Berliner Rechtsverständnis ist, das sich nicht so sehr unter dem Einfluss meiner Fraktion herausgebildet hat, dass ein Verfahren eines möglichen Mandatsverzichts automatisch oder durch Landtagsbeschluss, wie es etwa in Sachsen oder Thüringen ist, aus unserer Sicht nur schwer mit der Verfassung zu vereinbaren ist. Aber das ist möglicherweise ein anderes Rechtsverständnis. Deswegen freiwillige Überprüfung, Bewertung und dann natürlich ein politischer Umgang damit, den jeder selbst politisch zu verantworten hat und mit dem jeder selbst sich dann in die politische Öffentlichkeit begibt. Also, wir sollten uns auf ein solches Verfahren wieder verständigen.

Aber ich will trotzdem noch mal sagen, was denn Gegenstand dieses Verfahrens ist und was eben auch nicht, damit das mit den Pappkameraden nicht funktioniert. Es bezieht sich auf eine Zusammenarbeit oder auch eine politische Verantwortung für das MfS, das Ministerium für Staatssicherheit. Das ist in sich auch sachlich gerechtfertigt, weil das Ministerium für Staatssicherheit eine zentrale Rolle im Repressionsapparat der DDR gespielt hat und weil die Verwobenheit mit der gesamten Gesellschaft und die erlebte Repression präsent ist und es deswegen richtig ist, sich damit auseinanderzusetzen. Es ist aber auch andererseits deshalb gerechtfertigt, sich mit dem Geheimdienst MfS zu beschäftigen, weil es aus unserer Sicht zu einem öffentlichen Mandat gehört, dass Wählerinnen und Wähler einschätzen können, was ein Mandatsträger oder eine Mandatsträgerin macht, was sie in ihrer oder seiner politischen Biografie gemacht hat, wie unabhängig sie ist oder war. Geheimdienstliche Konspiration passt aus unserer Sicht zu einem solchen Amt nicht, und deswegen ist es notwendig und richtig, etwaige Tätigkeiten und Beziehungen offenzulegen. Das gilt nicht nur für das MfS, es gilt auch für ehemalige sowjetische Geheimdienste, jetzige chinesische oder sonst irgendwelche Geheimdienste. Aber wir überprüfen hier nur das Ministerium für Staatssicherheit.

Zum Zweiten ist eine solche Überprüfung keine Überprüfung dessen, inwieweit eine Person Verantwortung im Repressionsapparat der DDR getragen hat oder nicht. Denn wir alle wissen, dass das Ministerium für Staatssicherheit dort eine zentrale Rolle einnahm, aber politische Verantwortung durchaus breiter gestreut war, natürlich in der SED, aber auch in anderen Organisationen viel breiter adressiert werden muss, wenn man eine vernünftige Vergangenheitsaufarbeitung macht. Also hier eine Konzentration auf das MfS, nicht Überprüfung auf politische Verantwortung für Prozesse dort. Es ist gleichwohl richtig, dies so zu tun. Aber das bedeutet eben auch, dass es weder ein Befreiungsschlag noch ein Ersatz für politische Auseinandersetzungen und für Aufarbeitung der DDR-Geschichte sein kann, einen solchen Ehrenrat einzurichten.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN,
der SPD und den GRÜNEN]

Und deshalb ist es richtig, der Kollege Otto hat es bereits angedeutet, dass wir weiter gehen müssen. Auch die Debatte um Andrej Holm hat gezeigt, wie notwendig sie ist bei der Frage Campus der Demokratie, bei der Frage Unterstützung der Havemann-Gesellschaft, bei der Frage Verlängerung der Tätigkeit von Martin Gutzeit, auch bei der Frage, uns zu entscheiden, inwieweit Überprüfungen und in welcher Art und Weise fortgeführt werden sollten. Das ist eine Aufgabe, die nach wie vor besteht.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu dem FDP-Antrag sagen. Er fordert zum einen eine Überprüfung von Senatoren und Staatssekretären auf MfS-Tätigkeit. Das findet statt, davon gehe ich aus. Er bezieht sich sozusagen in

(Steffen Zillich)

dem weiteren Regelungsbereich – darauf bezog sich auch die 2002er-Debatte, kann man nachlesen – auf die Frage, inwieweit die Ergebnisse dieser Tätigkeit an das Abgeordnetenhaus übermittelt werden sollen. Da würde ich sagen, darüber kann man reden. Da stellt sich die eine oder andere dienstrechtliche Frage. Ich glaube, wenn, kann es nur solche Ergebnisse betreffen, die als nicht unbedenklich eingestuft werden können. Aber darüber können wir in den Ausschüssen reden. Man muss auch einmal sagen: Der Großteil, der dort gefordert wird, ist etwas, was schlicht normal ist und auch stattfindet, auch im Senat.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Förster das Wort. – Bitte schön!

Stefan Förster (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Zillich! Wenn Sie vor 14 Tagen mit dieser Rede in die Bütt gegangen wären, ich glaube, Sie hätten auch für Ihre Fraktion eine andere Außenwahrnehmung erzielt. Denn das, was Sie gerade hier gesagt haben, ist in vielen Punkten etwas, was man unterstreichen kann und was auch vernünftig ist, im Übrigen wie auch das, was die allermeisten Vorredner hier im Detail gesagt haben. Es ist richtig und gut, dass die Überprüfung auf eine Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit jetzt kommt, denn das war auch unser Anliegen, das wir in der letzten Debatte immer wieder hier auf den Schild gehoben haben. Die Transparenz ist vor allen Dingen wichtig, dass die Berlinerinnen und Berliner und damit auch die Wählerinnen und Wähler von uns schlichtweg wissen: Wen haben sie ins Parlament geschickt? Und gibt es Leute, die nach 27 Jahren noch nicht reinen Tisch mit ihrer Vergangenheit gemacht haben? Dafür hatten alle lange genug Zeit. Und wer es bis heute nicht geschafft hat, der ist dann auch unwürdig, in irgendeiner Form ein öffentliches Amt zu bekleiden. Das will ich auch so deutlich sagen.

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Richtig ist aber auch, was Herr Zillich sagt: Das Ministerium für Staatssicherheit allein reicht nicht aus. Für die anderen Sachen haben wir keine Überprüfungskompetenz. Aber wer da nicht erfasst ist, kann in anderen Organisationen tätig gewesen sein, das ist klar. Und man muss versuchen, das auch im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung und anderer Möglichkeiten aufzuarbeiten.

Was die Fragen der Senatoren und Staatssekretäre betrifft, ist das ein Thema, wo es zumindest ein Informationsdefizit gibt. Wenn das über all die Jahre gemacht wurde, dann ist die Frage, warum hat das Abgeordneten-

haus davon denn nie erfahren. Denn es ist ja jenseits des Einzelfalls, den wir beim letzten Mal diskutiert haben, durchaus interessant, was sich da bei einzelnen Personen möglicherweise noch verbergen kann, ohne dass es dafür einen konkreten Verdacht gibt.

Was dann aber genauso wichtig ist – darauf habe ich beim letzten Mal auch schon hingewiesen –: Nicht nur das Landesparlament, sondern auch die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen sollten das machen. Mein Heimatbezirk Treptow-Köpenick macht das seit vielen Jahren regelmäßig. Nach meiner Kenntnis – korrigieren Sie mich, wenn ich da falsch liege – hat noch keine der anderen elf BVVen in dieser Wahlperiode so etwas beschlossen. Und dann sage ich auch: Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Rot-Grün, Sie stellen ja auch in fast allen Bezirken eine Mehrheit. Dann bringen Sie doch auch dort genau diese Anträge ein, damit es auch dort Transparenz gibt. 160 Abgeordnete zu überprüfen ist gut, aber 660 Bezirksverordnete zusätzlich zu überprüfen, wäre noch besser.

[Beifall bei der FDP und der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das Kapitel historische Forschung hat auch Kollege Otto vorhin angesprochen, und er ist ja – das will ich anerkennend sagen – als einer der wenigen, die direkt aus der Bürgerrechtsbewegung kommend noch heute hier im Parlament sind, jemand, der es auch sehr authentisch und glaubwürdig vertreten kann. Was die historische Forschung betrifft, sind wir vielleicht mittendrin, in manchen Teilen noch eher am Anfang, aber auf keinen Fall am Ende der Auseinandersetzung und der Aufarbeitung. Ich habe beim letzten Mal schon darauf hingewiesen: Auch die Verstrickung des alten West-Berlin mit der Staatssicherheit ist ein Themenfeld, das in weiten Teilen noch nicht aufgearbeitet ist. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir auch heute noch im Senat oder in Landesbehörden Leute mit West-Sozialisation und West-Biografie haben, die für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet haben. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Wir wissen es nur nicht, weil eben auch die Überprüfungsmechanismen zum Teil lückenhaft sind, sie ab einer gewissen Dienstebene nicht stattfinden oder weil diejenigen es geschafft haben, diese Sachen gut zu verstecken oder zu verheimlichen.

Stichwort Normannenstraße, das Sie angesprochen haben: Vollkommen d'accord! Da werden Sie auch die Unterstützung der FDP-Fraktion haben. Das ist ein wichtiger Gedenkort, der bisher in der Außenwahrnehmung unter Wert lief und wo auch mehr gemacht werden muss im Sinne der historisch-politischen Aufarbeitung und der geschichtlichen Wahrheit und Klarheit.

Was auch in den Bezirken sehr unterschiedlich gehandhabt wird – und Gedenkkultur ist ja neben der Landesebene in sehr vielen Fällen nun mal bezirkliche Zuständigkeit –, sind z. B. Informationstafeln, Hinweistafeln,

(Stefan Förster)

die auf Gebäude hinweisen, wo Repressionen stattgefunden haben. Das können Gebäude sein, die der NKWD genutzt hat, das können die SED-Kreisleitungen sein, das können die MfS-Kreisdienststellen sein. Auch da sage ich: In Treptow-Köpenick gibt es an all diesen Gebäuden entsprechende Tafeln, die darauf hinweisen und die gerade auch den jüngeren Generationen die Gelegenheit geben, sich damit auseinanderzusetzen. Denn – Sie haben es gesagt, Herr Otto – es reicht ja nicht, sich auf die Gnade der späten Geburt zu berufen. Das reicht nie, wenn man mit Geschichte konfrontiert wird. Es muss jede Generation aufs Neue fragen, wie es dazu kommen konnte und welche Verantwortung möglicherweise auch die eigenen Vorfahren haben, um daraus jedenfalls die entsprechenden Lehren und Schlüsse zu ziehen.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD –
Beifall von Andreas Otto (GRÜNE)]

Alles in allem – und das will ich abschließend sagen – hoffe ich, dass das jetzt der Auftakt zu einer ernsthaften Debatte war, die wir in vielen Facetten und in vielen Details in den nächsten fünf Jahren beständig führen müssen und wo es noch sehr viel aufzuarbeiten gilt. Aber wir müssen auch gemeinsam sehen, dass wir da zu Ergebnissen kommen, die dann auch langfristig Bestand haben, sodass wir diese Debatte so in fünf Jahren nicht noch einmal zu führen brauchen, weil es dann selbstverständlich ist und einfach weitergeht. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zum Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 18/0091, wird die Überweisung an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/0099, wird die Überweisung federführend an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung und mitberatend an den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Digitale Verwaltung, Datenschutz, Informationsfreiheit und zur Umsetzung von Artikel 13 Abs. 6 GG sowie § 25 Abs. 10 ASOG empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3.3:

Priorität der AfD-Fraktion

Tagesordnungspunkt 18

Senkung der Grunderwerbsteuer für selbst genutztes Wohneigentum

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache [18/0067](#)

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/0067-1 Neu](#)

In der Beratung beginnt die AfD-Fraktion und hier die Kollegin Dr. Brinker. – Bitte schön!

Dr. Kristin Brinker (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist oftmals hilfreich, in die Berliner Verfassung zu schauen, und so auch hier, denn im Artikel 28 der Berliner Verfassung steht Folgendes – ich zitiere –:

Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, sowie die Bildung von Wohnungseigentum.

[Ronald Gläser (AfD):
Das macht der Senat gar nicht! –
Zurufe von den GRÜNEN]

Ehrlich gesagt, frage ich mich, was der Senat besonders im Hinblick auf die Wohnraumversorgung in den vergangenen Jahren getan hat. Das Finanzressort wird seit 2001 von der SPD verantwortet, die Berliner Stadtentwicklung und der Wohnungsbau sind sogar seit 1996 in SPD-Hand – zuerst mit Herrn Strieder, danach versuchte sich Frau Junge-Reyer, bis sie das Ressort an Herrn Müller, unseren heutigen Regierenden Bürgermeister, übergab, und zuletzt mühte sich Herr Geisel. Und was ist das Ergebnis? – Berlin hat in dieser Zeit viel Tafelsilber verscherbelt. Es fehlen inzwischen mehr als 100 000 Wohnungen in der gesamten Stadt.

[Beifall bei der AfD]

Es ist also offensichtlich, dass bisher eklatant versäumt wurde, für ausreichenden Wohnraum zu sorgen.

Im April 2016 hat die AfD Berlin ihr Wahlprogramm beschlossen, darin u. a. die Senkung der Grunderwerbsteuer. Mit dem vorliegenden Antrag halten wir ein, was wir unseren Wählern versprochen haben, und wir unterstützen – anders als die Kollegen von der FDP mit ihrem Antrag – insbesondere Familien bei der Absicherung ihrer Zukunft.

[Beifall bei der AfD –
Ronald Gläser (AfD): Sehr gut!]

Um dem Missbrauch durch Spekulanten vorzubeugen, haben wir eine Halteklausel von mindestens zehn Jahren